

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

09.12.2025

**Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 15. Dezember 2025 zum Antrag der Fraktion der SPD „Kreislaufwirtschaft in NRW voranbringen“ (Drucksache 18/11604)**

## **Vorbemerkung**

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist in besonderem Maße auf eine verlässliche Versorgung mit primären und sekundären Rohstoffen angewiesen. Als Industrieland mit vielfältiger Wertschöpfung ist NRW darauf angewiesen, Grundstoffe sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich zu gewinnen, zu verarbeiten und im Kreislauf zu halten. Rohstoffe bilden die Grundlage für die Produktion, die Energieerzeugung und die Erbringung von Dienstleistungen und sind somit von zentraler Bedeutung für die Wirtschafts- und Industriepolitik unseres Landes.

## **Im Einzelnen:**

### **Bedeutung der Rohstoffeffizienz und Grenzen des Recyclings**

Angesichts begrenzt verfügbarer natürlicher Ressourcen kommt einer verantwortungsvollen und effizienten Rohstoffnutzung eine herausragende Bedeutung zu. Die Kreislaufwirtschaft, insbesondere die Abfallvermeidung und das Recycling, ist hierfür ein wesentliches Instrument. Gleichzeitig stößt das Recycling in der aktuellen Praxis regelmäßig an technische, ökologische und ökonomische Grenzen, sodass eine vollständige Verwertung aller Wertstoffe weder möglich noch wirtschaftlich darstellbar ist. Die steigende Nachfrage nach Grundstoffen verschärft diese Ausgangslage weiter, zumal viele dieser Grundstoffe in langlebige Exportprodukte eingehen und dem regionalen Stoffkreislauf damit dauerhaft entzogen werden.

### **Sekundärrohstoffe im Bauwesen – Benachteiligungen abbauen**

Im Baubereich werden Sekundärrohstoffe nach wie vor strukturell benachteiligt, da die geltenden Anforderungen vielfach deutlich von denen für Primärrohstoffe abweichen. In einzelnen Fällen ist ihr Einsatz sogar vollständig ausgeschlossen,

obwohl die bau- und umwelttechnische Eignung vorliegen kann. Vor diesem Hintergrund ist eine Überprüfung und Anpassung der geltenden Standards unerlässlich, insbesondere dort, wo der Einsatz von Sekundärrohstoffen ohne Einbußen an Sicherheit oder Qualität möglich ist. Die bereits heute hohen Verwertungsquoten im Bauschuttbereich von 80 bis 90 Prozent verdeutlichen, dass funktionierende Stoffkreisläufe existieren, sofern sie nicht durch überzogene regulatorische Hürden behindert werden.

### **Ablehnung starrer Rezyklatquoten**

Starre und landesweit einheitliche Rezyklatquoten werden den regionalen Unterschieden im Baustoffbedarf sowie dem örtlich variierenden Aufkommen von Bau- und Abbruchabfällen nicht gerecht. Sie ermöglichen weder eine Reduzierung des Primärrohstoffbedarfs noch eine sachgerechte Steuerung, sondern führen lediglich zu einer Umlenkung von Stoffströmen, die vorhandene regionale Kreisläufe stört. Zudem erzeugen Quotenregelungen erhebliche Verunsicherungen bei den ausschreibenden Stellen und bergen das Risiko von Verzögerungen oder Projektstillständen. Solange regulatorische Vorgaben – allen voran die Ersatzbaustoffverordnung – den Einsatz von rezyklierten Baustoffen faktisch einschränken oder verhindern, ist eine Quotenvorgabe weder praxistauglich noch zielführend.

### **Landes-Kreislaufwirtschaftsstrategie NRW**

Wir begrüßen, dass Nordrhein-Westfalen eine eigene Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeitet, weisen jedoch darauf hin, dass das Land nur eingeschränkte Möglichkeiten besitzt, bundesrechtliche Vorgaben zu korrigieren. Die Ersatzbaustoffverordnung des Bundes stellt die betroffenen Akteure aktuell vor erhebliche Herausforderungen und behindert den Einsatz von Ersatzbaustoffen dort, wo sie eigentlich gefördert werden sollten. Der Zwischenbericht des Umweltbundesamtes bestätigt den dringenden Anpassungsbedarf der Verordnung, um die angestrebte verstärkte Nutzung mineralischer Ersatzbaustoffe zu ermöglichen und die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen tatsächlich zu stärken. Wichtig ist, dass in einer landeseigenen Strategie konkrete Maßnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten des Landes aufgezeigt werden. Die Strategie darf dabei niemals reiner Selbstzweck sein. Von zusätzlicher Regulatorik raten wir dringend ab.

### **Hebel auf Landesebene: Nachfrageverhalten der öffentlichen Hand**

Ein wirkungsvoller Ansatzpunkt auf Landesebene liegt im Vergabe- und Nachfrageverhalten der öffentlichen Auftraggeber, die aufgrund ihrer Marktstellung eine wichtige Lenkungsfunktion einnehmen. Wenn die öffentliche Hand den Einbau von Ersatzbaustoffen bei nachgewiesener Eignung weder ausschließt noch einschränkt, kann dies zu einer erheblichen Stärkung der Nachfrage und damit auch der Akzeptanz führen. Bestehende Beschränkungen in öffentlichen Ausschreibungen sollten abgebaut und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine angemessene Berücksichtigung von Sekundärrohstoffen sicherstellen. Die Weiterentwicklung des Produktstatus mineralischer Ersatzbaustoffe sowie klare Vorgaben zur Anwendung der Kriterien

des Kreislaufwirtschaftsgesetzes könnten zusätzlich Rechts- und Investitionssicherheit schaffen.

### **Bürokratieabbau und Genehmigungsvereinfachungen**

Für den zügigen Ausbau der Kreislaufwirtschaft sind effiziente und berechenbare Genehmigungsverfahren unverzichtbar. Doppelbeteiligungen verschiedener Behörden, wie etwa oberer und unterer Naturschutzbehörden, führen in der Praxis zu erheblichen Verzögerungen und organisatorischem Mehraufwand. Eine Modernisierung, etwa durch digitale Beteiligungsverfahren oder kürzere Fristen, kann hier wesentliche Entlastungen schaffen. Darüber hinaus erweist sich die Ansiedlung von Recyclinganlagen aufgrund bestehender Vorbehalte in Gewerbe- und Industriegebieten zunehmend als schwierig. Eine Privilegierung solcher Anlagen in unmittelbarer Nähe von Rohstoffgewinnungsstätten gemäß § 35 BauGB würde vorhandene Synergien nutzen und zugleich die Flächenverfügbarkeit erhöhen.

### **Europäische und nationale Vorgaben sinnvoll umsetzen**

NRW muss sich aktiv und konstruktiv an der Ausgestaltung europäischer und nationaler Strategien zur Kreislaufwirtschaft beteiligen, darunter der Europäische Green Deal, der Circular Economy Action Plan und die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie. Dabei gilt es, ambitionierte Umwelt- und Ressourcenziele mit wirtschaftlicher Vernunft zu verbinden. Maßnahmen des Umwelt- und Verbraucherschutzes sollten die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft unterstützen und ihr nicht durch unverhältnismäßige Vorgaben entgegenstehen. Entscheidend ist ein Ansatz, der ökologische Ziele mit den Chancen einer innovativen, wettbewerbsfähigen und ressourceneffizienten Wirtschaft verbindet.

### **Klärung des Abfallende- und Produktstatus**

Definitionen im Abfallrecht, insbesondere das Ende der Abfalleigenschaft müssen klar definiert und bundesweit einheitlich geregelt sein. NRW kann mit seiner Regelung zum Abfallende eine Vorbildfunktion übernehmen, indem der Übergang zum Produktstatus erst beim finalen Recycler erfolgt und der daraus entstehende Sekundärrohstoff vollständig dem Recyclingprozess zugeführt wird. Eine solche Klarheit schafft Rechtssicherheit, stärkt den Markt für Sekundärrohstoffe und unterstützt die Zielsetzungen der Kreislaufwirtschaft.

## **Fazit**

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft unterstützt das Ziel einer ambitionierten, aber realistischen Kreislaufwirtschaftspolitik. Voraussetzung hierfür ist eine praxistaugliche und innovationsfreundliche Regulierung, die den Einsatz von Sekundärrohstoffen erleichtert, regionale Stoffströme berücksichtigt und die industrielle Wertschöpfung im Land stärkt. Eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaftspolitik muss Hürden abbauen, statt neue aufzubauen, und die wirtschaftlichen Chancen nutzen, die mit einem effizienten,

ressourcenschonenden und innovationsgetriebenen Rohstoffmanagement verbunden sind.